

Kommunalpolitisches Positionspapier der AfD im Rhein-Sieg Kreis 2020

Ausgangslage

Die Alternative für Deutschland wurde gegründet aus Sorge um schwere Fehlentwicklungen, die die Zukunft unseres Landes bedrohen. Allzu lange schon wird in Europa, im Bund und in den Ländern eine Politik betrieben, die die Grundlagen von Stabilität, Wohlstand und Sicherheit unterhöhlt. Um kurzfristiger Effekte willen werden schwere langfristige Schäden in Kauf genommen. Die fortlaufenden Wahlerfolge der AfD zeigen, dass diese Sorgen von immer mehr Mitbürgern geteilt werden.

Diese Feststellungen gelten auch für die Kreise und Kommunen, nicht zuletzt den Rhein-Sieg-Kreis. Noch ist unser Kreis eine Insel wachsenden Wohlstands. Die Ausstrahlung der Wirtschaftszentren Bonn und Köln, ein starker Zuzug und die landschaftlich reizvolle Gegend lassen diese Region als positives Gegenbild zu vielen Regionen Nordrhein-Westfalens erscheinen, die sich seit langem im Niedergang befinden. Die Arbeitsmarktlage ist noch günstig. Viele Wohnlagen sind bei Pendlern in die Großstädte begehrt. Einige Gemeinden gehören zu den kaufkraftstärksten im Land.

Die AfD bekennt sich zur deutschen Leitkultur eingebettet in die Kultur des Abendlandes. Die Ideologie des ‚Multikulturalismus‘ gefährdet alle diese kulturellen Errungenschaften - **Multi-Kultur ist Nicht-Kultur**. Unser Anliegen ist es nicht zu zulassen, dass Deutschland aus falsch verstandener Toleranz sein kulturelles Gesicht verliere und wir wenden uns gegen den dekadenten Liberalismus, der die Identitäten verwischt. Es geht uns um Eindeutigkeit von Perspektiven hinsichtlich der gesellschaftlichen Komplexität.

Heimat bedeutet Verbundenheit – Verbundenheit mit Menschen und Verbundenheit mit Orten eingebettet in identitätsstiftenden Tradition. Sie ist zwar nicht angeboren, dennoch kann sie nur unter bestimmten Voraussetzungen von jedem gefunden werden. Wesentliche Merkmale sind funktionierende Familie, eine intakte Gemeinschaft und ein Bewusstsein der Gemeinsamkeit. Diese sollen auch im Rahmen kommunalen Politik und Verwaltung bekannter und sichtbarer gemacht werden – und nicht zuletzt für alle erlebbar sein. Denn über gemeinsame Erlebnisse entstehen ein Zugehörigkeitsgefühl und ein Bewusstsein dafür, was unsere Heimat auszeichnet.

Um ein fundiertes Interesse für das Andere und für das Fremde zu haben, muss man erst wissen, wer man selbst ist. Wer nicht weiß, wer er ist; wer keine eigene Identität hat oder mit seiner Identität im Unreinen ist, wie soll er andere Identitäten schätzen können? Jede Kultur wird mit ihren jeweiligen Identitäten akzeptiert, so lange sie im eigenen Kulturraum bleibt. Daher fordert die Alternative für Deutschland (AfD) im Rhein-Sieg Kreis die Schaffung einer Stabstelle zur Förderung der Heimat und Wiedereinsetzung des 2014 aufgelösten eigenständigen Kulturausschusses des Kreistags.

Kultur ist für die AfD – wie man es in diversen Landtagsdebatten in den Länderparlamenten bereits erleben konnte – ein Gegenstand der reinen Selbstvergewisserung. Die AfD will keine diskursive Auseinandersetzung, keine Verhandlung postnationaler Perspektiven, stattdessen hat sie einen historisch gewachsenen Kultur-Kanon: Den klassisch-deutschen Werke, die sich im Laufe der Geschichte angesammelt haben und in denen das dokumentiert ist, was uns zu Deutschen gemacht hat. Wir wollen, dass wir diesen Stücken wieder begegnen. Linksliberalen Kulturinstitutionen mit Vielfaltsideologien im Kulturbereich müsse man öffentliche Subventionen streichen.

Die AfD will auch vermehrt Heimat- und Brauchtumsvereine fördern, die sich der Traditionspflege widmen, die an die Heimatverbundenheit der Bürger appellieren, die nicht weniger interessant ist als die Hoch-Kultur einer Hamburger Elbphilharmonie oder des Gasteig in München.

In der Medienpolitik plädiert die AfD für die Abschaffung des Rundfunkbeitrags. Stattdessen will man sich für einen Bürgerrundfunk einsetzen, der sich auf objektive Berichterstattung sowie kulturelle und bildende Inhalte fokussiert“. Der Raum, in dem aber alles, ohne jede Kontrolle gesagt werden darf, ist das Internet, das keinerlei Beschränkung und Zensur unterliegen darf.

Die Alternative für Deutschland ist der festen Überzeugung, dass der Staat und die Massenmedien einzelne Bürger nicht bevormunden darf. Damit der Bürger eine wohl überlegte Entscheidung treffen kann, benötigt er gute, dezentrale, möglichst unabhängige, vielstimmige und stets wachsame Informationen aus Presse, Blogs und anderen Formen von medialen Veröffentlichungen. Sie sind für das einwandfreie Funktionieren der Demokratie unabdingbar. Diese zu ermöglichen und vor Einschränkungen zu schützen, sehen wir als wichtige Aufgabe des Staates und eines jeden Demokraten an.

Im Gegensatz zu Bevormundung ist es die Aufgabe des Staates die Grundrechte des Einzelnen zu achten und zu wahren und ihn vor Grundrechtseinschränkungen, auch

gegenüber der Mehrheit, zu schützen. Die Freiheit des einzelnen Bürgers findet dort seine Grenzen, wo die Freiheit eines anderen unverhältnismäßig beeinträchtigt wird.

Die negative Entwicklung einiger Stadtteile im Kreis, vor allem aber in den angrenzenden Großstädten zeigt aber, wie schnell eine vermeintliche gute Lage ins Gegenteil umschlagen kann. Werden negative Erscheinungen geleugnet, Fehlentwicklungen nicht korrigiert und keine vorausschauende Planung für die Zukunft betrieben, baut sich ein Problemstau auf und Zonen der Verwahrlosung breiten sich aus. Die AfD steht für Vernunft, Wahrheit und langfristiges Denken, auch auf regionaler und kommunaler Ebene. Herausforderungen und Probleme gibt es auch im Rhein-Sieg-Kreis genug.

- Die Finanzlage des Kreises und vieler Kommunen gibt Anlass zur Sorge. Miswirtschaft, jahrelange Verfilzung („strukturelle Korruption“), die Bedienung von Sonderinteressen und eine leistungsfeindliche Finanzverteilung durch das Land NRW lassen die Region langsam ausbluten. Die Regierenden in Kreis, Gemeinden, Land und Bund schieben sich die Verantwortung dafür gegenseitig zu. Die dramatische Haushaltslage von Kommunen und Kreisen in NRW ist jedoch in hohem Maße hausgemacht - nirgendwo in Deutschland ist sie so schlecht wie in unserem Land.
- Die öffentliche Sicherheit ist beklagenswert. Eine Einbruchswelle überzieht den Kreis und lässt viele Bürger ihr Haus nur ungern verlassen. In einigen Orten beginnen sich Viertel zu „No-Go-Areas“ für friedliche Bürger zu entwickeln. Die Behörden spielen die Probleme herunter und unterlassen selbst einfachste Gegenmaßnahmen.
- Der Zuzug in den Kreis und das Wachstum der Großstädte Bonn und Köln bringen die überlasteten Verkehrswege an den Rand des Zusammenbruchs. Engpässe durch notwendige Bauarbeiten drohen ein Verkehrschaos auszulösen. Bahn- und Fluglärm beeinträchtigen die Lebensqualität. Die Probleme sind seit vielen Jahren bekannt. Ein Gesamtkonzept steht bisher aus, notwendige Entscheidungen werden nicht getroffen. Ausgleichszahlungen sind anzustreben und Mitfinanzierung von Aktionen der Nachbarstädte ist zu unterlassen.
- Integrationsprobleme der Großstädte werden sich über kurz oder lang in den Kreis ausbreiten, wenn nicht aktiv gegengesteuert wird.

Thesen zur Politik im Rhein-Sieg-Kreis

Unsere Politik ist auf Langfristigkeit und Nachhaltigkeit angelegt. Wir wollen die großen Herausforderungen angehen und keinen Wunschzettel für gut organisierte

Minderheiten und Einzelinteressen zusammenstellen. Wir verzichten auf Versprechungen, die nicht finanzierbar sind. Richtschnur unseres Handelns ist:

- Bürgernähe und Mitwirkung der Bürger an Entscheidungen.
- Ablehnung einer rein ideologisch motivierten Politik.
- Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Subsidiarität im kommunalen Bereich.
- Sparsamkeit im Umgang mit den Steuergeldern der Bürger.

Balance zwischen den Generationen als Aufgabe der Familien- und Gesundheitspolitik

- Politik hat für eine ausgeglichene Bevölkerungsstruktur im Kreis und seinen Regionen beizutragen.
- **Förderung von Initiativen zur Stärkung des Familienzusammenhaltes. Die AfD will auch in der Kommunalpolitik den Fokus auf die Familienpolitik legen.** Wir setzen uns dafür ein, dass ein Familienausschuss oder ein Amt für Familienpolitik gebildet wird. Bisher sind Familienthemen in verschiedene Zuständigkeiten innerhalb der Verwaltung (Sozial-, Jugend-, Wohnungs-, Bau-, Kultur- und Schulamt etc.) eingebunden und werden damit häufig von den jeweiligen Ressortinteressen überlagert. **Um die kommunale Familienpolitik aufzuwerten, fordert die AfD deshalb die Einrichtung eines Familienausschusses.**
- **Gezielte Förderung von Pilotprojekten gegen Vereinsamung im Kreisgebiet nach englischem Vorbild.**
- **Betreuung mit dem Ziel der Reduzierung der Fallzahlen durch das Jugendamt,** kritische Überprüfung der Effektivität und Effizienz der Arbeit des Kreisjugendamtes.
- **Durch eine flexible Ganztagsbetreuung sollten Kinder so viel wie möglich von ihren Eltern betreut werden können.** Für Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen möchten und können, müssen Kitaplätze mit geringen Betreuungszeiten von 15-20 Wochenstunden sowie auch Halbtagsschulen und offene Ganztagsschulen angeboten werden. Eine von der Kommune oder der Trägerschaft auferlegte Verpflichtung, Kinder nicht vor bestimmten Uhrzeiten aus einer Betreuungseinrichtung abholen zu können lehnen wir ab. Moderne Arbeitszeitmodelle erfordern ebenfalls zunehmend flexible Abholzeiten. **Bei Verzicht der Nutzung einer Betreuungseinrichtung ist antragslos der Förderbetrag der öffentlichen Hand an die Eltern auszuzahlen.**
- **Vorrang für Betreuungsangebote bei Senioren, die selbst bestimmtes Leben ermöglichen** und stationäre Betreuung vermeiden.
- **Maßnahmen zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung in den ländlichen Gebieten des Kreises.**

- **Jede vierte Klinik ist von der Schließung bedroht. Die AfD will die regionale Gesundheitsversorgung erhalten.** Die jahrelange staatliche Unterfinanzierung der Krankenhäuser bedroht die wohnortnahe Gesundheitsversorgung. Mit den Krankenhäusern verschwinden auch die Notfallambulanzen, welche in ländlichen Gegenden die hausärztliche Unterversorgung zusehend auffangen. Die AfD fordert eine auskömmliche Krankenhausfinanzierung durch alle beteiligten Partner bis ein tragbares bundesweites Konzept der Neugestaltung vorliegt.
- **Es ist wichtig die Arbeitsbedingungen von Angestellten in kommunalen Krankenhäusern zu verbessern.** Jeder Bürger weist, wie wichtig der Gesundheitsbereich für unser tägliches Leben ist. Die AfD fordert deshalb, kommunale Kliniken zu einem Vorbild für die Wertschätzung der patienten-nahen Arbeit zu machen. Mit Konzepten für verbindliche Besetzungsschlüssel, fairen Löhnen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen die Kommunen bei den kommunalen Krankenhäusern ein Zeichen für eine moderne Gesundheitsvorsorge setzen.
- **Viele Innenstädte sind zu Drogenumschlagplätzen verkommen – Ein Umdenken muss jetzt stattfinden!** Die zahlreichen Drogenhotspots, die sich über die Jahre entwickelt haben, sind nicht hinnehmbar. Mit Prävention und Konzepten, wie dezentral behördlich kontrollierte Konsumräume in enger Zusammenarbeit mit Drogenhilfe, kommunalen Ordnungsdienst und Polizei muss das Problem endlich angegangen werden.
- **Mit altersgerechten Wohnkonzepten den Pflegenotstand lindern.** In wenigen Jahren schlägt die demographische Falle doppelt zu. Immer mehr pflegebe-dürftigen Menschen, stehen immer weniger ausgebildete Pfleger gegenüber. Die AfD fordert deshalb das Konzept der häuslichen Pflege zu stärken und neue Wohnmodelle für ältere Bürger zu fördern.

Sozialpolitik und Arbeit

- Mit geeigneten Mitteln **gegen die prekären Beschäftigungen wie in der Alten- und Krankenpflege, dem Einzelhandel oder den Dienstleistungen vorzugehen.**
- **In allen Filialen des Jobcenter im Kreis sind wöchentlich Obmann-Sprechstunden einzurichten,** um in prekären Situationen schneller Beschwerden entscheiden zu können.

Bildung

- **Wahlfreiheit der Eltern bei der Schulform** muss durch entsprechende Schulangebote sichergestellt sein.

- **Erhaltung und Förderung eines gegliederten Schulsystems** mit vielfältigen Umstiegsmöglichkeiten und individueller Förderung. Nur ein gegliedertes Schulsystem garantiert allen Schülern mit oder ohne Förderbedarf optimale Bildungschancen. Deshalb müssen angemessene finanzielle Mittel für den Erhalt aller Schultypen bereitgestellt werden. Auch der Fortbestand der Förderschulen muss gesichert werden. Nur so kann den Bedürfnissen aller Schüler mit und ohne Förderbedarf am besten entsprochen werden.
- **Inklusion muss dem Nutzen aller Kinder dienen** und ein angemessenes Verhältnis von Kosten und Nutzen wahren. Schematische Inklusion nur aus ideologischen Gründen lehnen wir ab.
- **Erhalt und angemessene Förderung von leistungsfähigen Privatschulen.**
- **Das Konzept der offenen Ganztagschule hat Regelangebot zu sein, verpflichtende Ganztagschulen sind abzulehnen.** Viele Eltern sind zu zweit berufstätig, so dass nicht alle Kinder den Vorteil einer Betreuung in der Familie genießen. Offenen Ganztagschulen mit einem guten Konzept und mit qualifiziertem Fachpersonal können eine sinnvolle Ergänzung zur familiären Betreuung sein. Ein solches Angebot darf jedoch niemals für alle Schüler einer Schule verpflichtend sein.
- **Förderung von städtischen Musikschulen.** Musik ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Kultur. Die musikalische Bildung und das Musizieren wirken sich positiv auf die Entwicklung von Kindern aus. Die musikalische Früherziehung erfolgt am besten in den Musikschulen. Wir setzen uns für bezahlbare Teilnahmegebühren an den Musikschulen ein, damit allen Kindern und Erwachsenen der Zugang zu den Musikschulen offen steht.
- **Erhalt und Ausbau öffentlicher Büchereien als Stätten der Bildung fördern.** Öffentliche Bibliotheken sollen den Spaß am Lesen wecken und fördern, indem sie Freizeitgestaltung und Fortbildung für jeden Bürger bieten. Um als Stätte von Bildung wirken zu können, müssen sie sich mit einem zeitgemäßen Angebot präsentieren und ihre Räume auch für vielfältige kulturelle Zwecke öffnen. Ein gut gestalteter Online-Katalog, ein Online-Versand und Fernleihmöglichkeit sowie die Kooperation mit Schulen erschließt ein Bildungspotenzial, das sich ökonomisch wie sozial auszahlt.
- **Bespieltheater finanziell stärken und Kooperation mit allen großen, vom Land subventionierten Häusern in NRW fördern.** Bespieltheater sorgen in NRW dafür, dass Theaterkultur nicht nur in den Ballungsräumen zu finden ist. Auch unser Haus ist ein wichtiger kultureller Anziehungspunkt in unserer Stadt aber auch in der gesamten Region. Das Programmangebot muss auskömmlich gefördert werden und es muss sichergestellt werden, dass auch die großen

Ensembles der vom Land geförderten Theater für regelmäßige Gastspiele zur Verfügung stehen.

- **Bewahrung und Förderung der heimatlichen Kultur, der Brauchtumpflege und der lokalen Traditionen.** Das regionale Brauchtum hat oft über Jahrhunderte unsere Region geprägt und ist somit wesentlicher Bestandteil des Heimatgefühls. Auch traditionelle Namen und Bezeichnungen sind Bestandteil der regionalen Kultur und müssen erhalten bleiben. Die Heimatkultur stellt einen unschätzbaren Wert für die Identifikation mit unserer Stadt und unserer Region dar. Diese Werte will die AfD pflegen und fördern, damit wir sie an künftige Generationen weitergeben können. Deutschland muss als vielfältige Kulturnation erhalten bleiben.
- **Die Digitalisierung der Schulen muss gefördert und deshalb die technische Ausstattung verbessert werden.** Digitalisierung kann den klassischen Unterricht nicht ersetzen, jedoch unterstützen. Dafür muss es an jeder Schule eine Breitband-Internetanbindung und in den Klassenzimmern eine Mindestausstattung mit PC, Dokumentenkamera und Beamer geben. Die personelle Unterstützung der Schulen bei der Einrichtung, Wartung und Pflege der digitalen Medien muss durch den Schulträger gewährleistet werden.
- **Die Qualität des Regelunterrichts an allen Schulen muss erhalten bleiben, da ansonsten das Leistungsniveau der Schüler absinken wird.** Der Regelunterricht muss Priorität haben und darf nicht unter der Beschulung von Flüchtlings-, Asylbewerber- und Zuwandererkindern leiden. Qualitativ hochwertiger Regelunterricht kann nur in Klassen stattfinden, in denen alle Schüler die deutsche Sprache altersgemäß beherrschen und mit den hiesigen sozialen und kulturellen Regeln vertraut sind. Aus diesem Grund ist es wichtig, in ausreichendem Maß spezielle Förderklassen für Zuwanderer zu bilden.
- **Entschiedenes Entgegenreten der Disziplinlosigkeit und Gewaltbereitschaft an unseren Schulen.** Disziplinlosigkeit und eine zunehmende Gewaltbereitschaft an unseren Schulen erschweren zunehmend einen ordnungsgemäßen Unterricht. Lehrer und betriebliche Ausbilder beklagen zum Teil massive Erziehungsdefizite. Vielfältige soziale Probleme und unregelmäßige Migration verschärfen diese Entwicklung. Um diesem gesellschaftlichen Problem zu begegnen, fordert die AfD den systematischen Ausbau der Schulsozialarbeit.

Finanzielle Vorsorge für die Zukunft

- **Unsere Zukunft darf nicht länger durch eine kurzsichtige Politik verfrühstückt werden.** Daher strikter Haushaltsausgleich in Kreis und Kommunen, Abbau der Verschuldung, keine weitere strukturelle Verschuldung durch Kassenkredite.

- **Vorrang von Zukunftsinvestitionen vor konsumtiven Ausgaben.** Keine Klientelpolitik zugunsten organisierter Sonderinteressen und lautstarker Minderheiten.
- **Kommunale Finanzpolitik mit Weitsicht, Bescheidenheit und Vernunft.** Der kommunale Haushalt soll ausgeglichen sowie von Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit geprägt sein. Die AfD wird dafür eintreten, dass Investitionsentscheidungen zum Nutzen aller Bürger und unter der Berücksichtigung der Folgekosten getroffen werden. Luxusprojekte und ideologisch getriebene Projekte (z.B. „Klimamanager“) lehnen wir ab.
- **Eingehen finanzieller Verpflichtungen nur auf Basis einer Kosten-Nutzen-Rechnung.** Bestehende Kostenstrukturen müssen tabulos auf den Prüfstand gestellt werden (Aufgabenbereinigung, Prozessverbesserungen).
- **Wirksame Führung der Beteiligungen an Unternehmen und Entflechtung intransparenter Beteiligungsstrukturen.** Öffentliche Beteiligungen (Sparkassen, Ver- und Versorgungsunternehmen) müssen eine angemessene Rendite bei maßvollen Preisen für ihre Leistungen erzielen. Besetzung von Führungspositionen ausschließlich nach Qualifikation und Leistung.
- **Definition verbindlicher finanzieller Ziele durch den Kreistag auf Basis einfacher Vergleichskennzahlen.**
- **Haushaltsführung mit dem Ziel einer möglichst niedrigen Kreisumlage zur Stützung der Gemeindefinanzen.**
- Einsatz für eine Reform der Kommunalfinanzen, die positive Leistungsanreize setzt und verantwortliches Handeln belohnt (Trennsystem mit eigenen Einnahmequellen der Kreise und Kommunen). **Einführung der Schuldenbremse auch für die kommunalen Finanzen.**
- **Abschaffung der kommunalen Amtshilfe zum Eintreiben der Rundfunkgebühren.** Städte und Gemeinden müssen mit hohem Aufwand die Eintreibung von Rundfunkgebühren durchführen und dafür Personal bereitstellen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist jedoch keine Behörde und kann deshalb keine Amtshilfe beanspruchen. Die Kommunen sind ihren Bürgern verpflichtet und nicht den Rundfunkanstalten. Wir fordern dass die Kommunen von der Aufgabe der Eintreibung von Rundfunkgebühren entbunden werden.
- **Kostenmäßige Entlastung der Kommunen von sachfremden Aufgaben.** Seit der Migrationswelle des Jahres 2015 und den dadurch auf die Kommunen entfallenden Folgekosten sind viele Städte und Gemeinden mit der Finanzierung ihrer regelmäßigen Aufgaben erheblich überfordert. Die Zahlungen des Landes für Migrationsleistungen reichen bei weitem nicht zur Kostendeckung aus. Die Kommunen haben die Aufgabe die Daseinsvorsorge für die Bürger sicherzustellen. Die Versorgung von Flüchtlingen gehört nicht zu den originären Aufga-

ben der Kommunen. Die AfD fordert deshalb eine vollständige Übernahme der in den Kommunen entstehenden Kosten der Migration durch Bund und Land.

- **Verbot von riskanten Finanzierungsmodellen wie das Sale-and-Lease Back von Gemeindeeigentum.** Die AfD lehnt Sale-and-Lease Back und ähnliche Finanzierungsmodelle grundsätzlich ab. Bei diesen wird kommunales Vermögen an einen Vertragspartner verkauft und von diesem zurück geleast. Auf Seiten der Käufer entstehen dabei regelmäßig Gewinne, während die Kommunen auf lange Sicht gesehen enorme Kosten tragen müssen. Wir sind dagegen, dass folgende Generationen durch eine Verschleierung und zeitliche Verschiebung von Lücken im kommunalen Haushalt belastet werden.
- **Eine effiziente Verwaltung ist ein vorrangiges Ziel.** Das wirtschaftliche Verhalten der Kommunen gehört ständig auf den Prüfstand. Die effiziente Erfüllung kommunaler Aufgaben muss regelmäßig durch neutrale Instanzen überprüft werden. Wirtschaftlich sinnvolle und risikoarme Privatisierungen oder Ausgliederungen sollten in Betracht gezogen werden, ohne Schattenhaushalte und Versorgungsposten zu etablieren. Die AfD wird die Einhaltung von Qualitäts-, Sozial- und Umweltstandards stets im Auge behalten. Gründungsförderung durch Vernetzung von Start-Ups, Hochschulen (z. B. FH Rhein-Sieg) und Verwaltung.
- **Neue aufgabengerechte Finanzordnung aller staatlichen Ebenen zugunsten der Kommunen.** Wegen mangelnder finanzieller Leistungsfähigkeit der Kommunen werden wichtige kommunale Infrastrukturprojekte zurzeit über Sonderprogramme des Bundes oder des Landes finanziert. Diese Methodik ist grundsätzlich falsch, denn sie widerspricht dem Subsidiaritätsprinzip unseres Staates und produziert ständig falsche Investitionsanreize. Die Kommunen sollen sich nach Auffassung der AfD nicht länger in der Rolle eines Bittstellers befinden, sondern im Rahmen einer neuen bundes- und länderweiten Finanzordnung entsprechend ihrer Bedeutung finanziell gestärkt werden.

Wirtschaftsförderung

- **Sicherstellung einer ausgewogenen Wirtschaftsstruktur im Kreis** aus Dienstleistung und Industrie, großen und kleinen Unternehmen sowie Einrichtungen des öffentlichen und gemeinnützigen Sektors.
- **Aktive Werbung um Neuansiedlungen auch in der Region**, z.B. unter Nutzung von Kosten- und Steuervorteilen gegenüber Großstädten.
- **Aktives Eingreifen in Fällen von drohender Abwanderung oder Schließung von Unternehmen.**

- **Wirtschaftsförderung durch gute Infrastruktur und Freiräume für Wachstum.** Mittelständische Unternehmen sind das Herz unserer Wirtschaft. Sie brauchen Freiräume für Wachstum und Veränderung. Dazu gehören auch attraktive Rahmenbedingungen in den Kommunen. Ein gutes Angebot an Gewerbeflächen, gute Verkehrsanbindungen, leistungsfähige Internetzugänge sowie einer wirtschaftsfreundliche Verwaltung sind wichtige Standortfaktoren.
- **Tourismus als Wirtschaftsfaktor ist gezielt zu fördern.** Ein attraktives Tourismusangebot ist für unsere Region wichtig. Durch Synergien mit anderen Wirtschaftszweigen entsteht eine nicht zu unterschätzende Wertschöpfung. Wir wollen die touristische Infrastruktur ausbauen. Dazu gehören auch Radwege und der ÖPNV sowie spezifische Tourismusangebote. Vorhandene Kulturgüter, markante Architektur, Landschaft und Natur, Attraktionen im Bereich der Freizeit, Sport, Bildung und Wissenschaft müssen in ein Tourismuskonzept einbezogen werden.
- **Verantwortungsvolle Kommunalwirtschaft und fairer Wettbewerb.** Die wirtschaftliche Betätigung der Kommune ist auf den Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge zu begrenzen und darf in keinem unlauteren Wettbewerb zu privatwirtschaftlichen Angeboten stehen. Die öffentliche Vorsorge wie die Ver- und Entsorgung, die Gesundheitsvorsorge und der ÖPNV müssen durch die Kommune sichergestellt, aber nicht zwingend von ihr selbst erbracht werden.

Energie, Verbraucher-, Tier-, und Umweltschutz

- **Pflege und Erhalt der Natur- und Landschaftsschutzgebiete ist sicherzustellen.**
- **Fairer Interessenausgleich zwischen Naturschutz, Wirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus ist anzustreben.**
- **Gegen Vermüllen und Zerstörung in Naturschutzgebieten sind wirksame Sanktionen anzuwenden.**
- **Hundesteuer als willkürliche, inkonsistente Bagatelsteuer abschaffen.** Die kommunale Hundesteuer macht nur einen verschwindend geringen Anteil des gesamten kommunalen Steueraufkommens aus. Politisch ist sie willkürlich und asozial, da die Höhe des Steuersatzes die Art des Hundes oder das Einkommen des Halters ignoriert. Als Steuerungselement, um weniger Hunde in einer Kommune zu haben, ist sie ineffektiv. Verbot der Züchtung und Haltung von Kampfhundrassen.
- **Reitabgabe abschaffen.** Eine kommunale Reitabgabe für Pferdehalter lehnt die AfD ab. Pferde haben in NRW schon immer eine große Rolle gespielt. Wurden sie einst als Nutztiere auf dem landwirtschaftlichen Betrieb gehalten, dienen sie heute vermehrt der Freizeitgestaltung, dem Tourismus und bei der Hippotherapie. Kinder lernen durch den Reitsport Verantwortung zu übernehmen und

Naturnähe zu erleben. Es gibt keine andere Sportart oder Freizeitgestaltung, bei der eine vergleichbare Abgabe erhoben wird.

- **Gewährleistung bezahlbarer, sicherer und umweltfreundlicher Energieversorgung.** Beteiligungen des Kreises an Versorgungsunternehmen müssen wertehaltig sein.
- **Ressourcen schonen bei der energetischen Sanierung von öffentlichen Gebäuden.** Die Sanierung von öffentlichen Gebäuden mit dem Ziel der Energieeinsparung muss sich an wirtschaftlichen Überlegungen orientieren. Diese Baumaßnahmen sind dann sinnvoll, wenn sich die Investitionskosten unter realistischen Annahmen, ohne Berücksichtigung staatlicher Subventionen zur Wirtschaftlichkeit, innerhalb von 10 - 20 Jahren amortisieren.
- **Keine Privatisierung der Wasserversorgung.**
- **Förderung und Entbürokratisierung der regionalen Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte.** Immer mehr Menschen wollen bewusst regionale Produkte kaufen. Dabei spielt nicht nur eine kurze Lieferkette, sondern auch die bewusste Stärkung heimischer Produzenten eine Rolle. Als Heimatpartei begrüßt die AfD diesen Trend ausdrücklich und möchte daher die regionale Vermarktung stärken. Bürokratische Hindernisse für den Betrieb von Hofläden und Wochenmärkte darf es nicht geben.

Verkehrs- und Kommunikationskonzepte für die Zukunft

- **Beseitigung der Funklöcher und Förderung der Internet- und Telefonnetzwerkverfügbarkeit im Kreisgebiet.**
- **Forderung nach Maßnahmen zur Sicherstellung der individuellen Mobilität** bei einer Berücksichtigung der Erhaltung der Umwelt, einem Ausbau der Infrastruktur sowie der Steigerung der Lebensqualität insbesondere der älteren Bürger im ländlichen Raum des Rhein-Sieg Kreises durch frühzeitigen Vorbereitung eines Kleinbusrufsystems. Ein Pilotprojekt aufgebaut auf Kleinbussen welche durch künstliche Intelligenz gesteuert werden zur Schließung des Problembereiches der letzten Meile soll so schnell wie möglich angegangen werden.
- **Generelle Ablehnung von Dieselfahrverboten.** Wir sind gegen eine Zwangsentziehung von Autobesitzern, einmal zugelassene Kraftfahrzeuge muss es Bestandschutz geben. Ein Rechtsstaat muss seinen Bürgern Vertrauensschutz garantieren. Dieselfahrverbote für einzelne Straßen sind ökologisch unsinnig, weil sie zumeist eine weitere Umfahrung und damit eine insgesamt höhere Umweltbelastung zur Folge haben.

- **Aufstellung eines mittel- und längerfristigen Entwicklungsplans für den Kreis.** Darstellung und Bewertung unterschiedlicher Szenarien mit Modellierung der Verkehrsströme.
- **Vorbehaltlose Prüfung und ggf. entschlossene Umsetzung von Großprojekten mit Entlastungspotenzial** (neue Rheinbrücke, Ennert Tunnel, Verlängerung S13 usw.).
- **Verbesserung des Lärmschutzes (Bahn, Flughafen).** Fairer und langfristiger Interessenausgleich zwischen Wirtschaftsförderung und Umwelt- und Gesundheitsschutz.
- **Verkürzung der Wege durch intelligente Durchmischung von Wohnen und Arbeiten.**
- **Verbesserungen im Bereich des Radverkehrs.** Um die Kombination von Radverkehr und ÖPNV attraktiver und sicherer zu machen, ist der Bau von gesicherten Abstellmöglichkeiten für Fahrräder an zentralen Haltestellen und Bahnhöfen z. B. Boxen oder eingezäunte Bereiche mit Zugangscodes. Den Ausbau und die Instandhaltung des Fahrradwegenetzes, dazu gehört auch der Bau von Radschnellwegen.
- **Beseitigung von Engpässen im Öffentlichen Nahverkehr.** Optimierung der Linienführung unter Kosten-Nutzen-Aspekten (höheres Passagieraufkommen bei verbessertem Kostendeckungsgrad).
- **Eine übereilte Anschaffung von teuren Elektrobussen im ÖPNV ist abzulehnen.** Auf E-Mobilität mit Elektrobussen soll im ÖPNV solange verzichtet werden, bis diese Fahrzeuge bezüglich Ökologie, Kosten und Zuverlässigkeit wettbewerbsfähig zu Bussen mit den modernsten Verbrennungsmotoren sind. Die eingesparten Finanzmittel sehen wir bei der Neuanschaffung modernster, sauberer Busse mit Verbrennungsmotoren als sinnvoller eingesetzt an.
- **ÖPNV Tarife vereinfachen und die Fahrpreise senken.** Die AfD steht für ein modernes Mobilitätskonzept bei dem sich der Individualverkehr und der öffentliche Personennahverkehr sinnvoll ergänzen. Viele Berufspendler aber auch Senioren und Jugendliche sind in besonderem Maße auf den ÖPNV angewiesen. Im Interesse aller Nutzer des ÖPNV fordern wir eine Reduzierung und Vereinfachung des Tarifsystems für Busse und Bahnen und eine spürbare Senkung der Fahrpreise.

Wohnen und Bauen

- **Straßenbaubeiträge sind abzuschaffen,** da sie sozial ungerecht sind und bei der Erhebung keine Rücksicht auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der betroffenen Bürger genommen wird. Die Bürger haben auch keine Möglichkeit, auf die Höhe der Baukosten Einfluss zu nehmen. Hohe Sanierungskosten

entstehen oft dadurch, dass notwendige Reparaturen im Rahmen von Unterhaltsmaßnahmen unterlassen wurden. Dies darf nicht zu Lasten der Bürger gehen.

- **Bezahlbarer Wohnraum für alle Bürger.** Es ist nicht hinnehmbar, dass Bürger mit kleinem Einkommen Warmmieten in Höhe von 30% und mehr ihres Nettoeinkommens zu entrichten haben. Bestehende bürokratische Hemmnisse im Baurecht sind abzubauen. Der soziale Wohnungsbau soll stärker gefördert werden, wobei die Förderung von Genossenschaften bevorzugt wird.
- **Zentren der Gemeinden sind attraktiver zu machen.** Wir setzen uns für einen vielfältigen Einzelhandel in den Innenbereichen ein. Uns ist die Bedeutung attraktiver Innenstädte mit einer ausreichenden Parkplatzanzahl bewusst. Wir stehen den lokalen Einzelhändlern zur Seite wie bei dem Bürgerentscheid in Eitorf 2019. Wir setzen uns deshalb für ausreichend und günstige Parkplätze ein und werden dafür kämpfen, dass der Individualverkehr in den Städten nicht weiter eingeschränkt wird.

Sicherheit für alle Bürger

- **Offenlegung der tatsächlichen Fallzahlen bei Straftaten und von Justizversagen.** Keine falsche Rücksichtnahme bei Nennung von Tätern oder Tätergruppen. Offene Diskussion der Probleme.
- **Mehr Prävention durch Polizeipräsenz.** Bessere Vernetzung und Zusammenarbeit der Polizeidienststellen über die Kreisgrenzen hinaus.
- **Zum Schutz des öffentlichen Raumes fordert die AfD mehr Personal für die Einsatzbereiche der Polizei.** Seit dem Jahr 2015 sind Gewaltdelikte wie Vergewaltigung, Raub und Messerstecherei sprunghaft angestiegen. Das Sicherheitsgefühl der Menschen in unserem Land hat stark gelitten. Die AfD fordert, dass das Personal im Streifendienst deutlich aufgestockt wird. Der hohen Kriminalitätsrate bei Gewaltdelikten muss entschieden entgegengewirkt werden, damit sich die Bürger und Bürgerinnen sicher im öffentlichen Raum bewegen können.
- **Schnelle Umsetzung von einfachen technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Verbesserung der Polizeipräsenz in Problemgebieten.**
- **Konsequentes Vorgehen gegen Formen der „importierten“ Kriminalität.**
- **Unterstützung von und Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen zur Förderung der öffentlichen Sicherheit.**

Realistische Integrationspolitik

- **Schnelles Eingreifen bei eskalierenden Integrationsproblemen.** Keine Tabuisierung von Problemen. Integration ist in hohem Maße eine Bringschuld der Einwanderer.

- **Verhinderung der Ghettobildung.**
- **Keine Anreize für Armutszuwanderung auf Kreis- und Gemeindeebene.** Einsatz für verursachungsgerechte Zuordnung der Kosten.
- **Steuerung der Einwanderung auch auf Kreisebene.** Kritische Überprüfung der Zielerreichung von staatlich finanzierten Integrationsmaßnahmen.
- **Leistungen für Asylbewerber sinnvoll gestalten.** Das Asylgesetz sieht vor, dass Asylbewerber in Erstaufnahmeeinrichtungen möglichst ausschließlich Sachleistungen erhalten. Diese Regelung sollte auch bei der Unterbringung in den Kommunen angewandt werden. Es besteht ansonsten die Gefahr, dass von der Zahlung hoher Geldleistungen Fehlanreize zur missbräuchlichen Nutzung des Asylrechts ausgehen.
- **Integrationsräte sind generell durch Integrationsausschüsse zu ersetzen.** Integration ist eine Bringschuld und muss zu den Bedingungen der Mehrheitsgesellschaft stattfinden. Der Integrationsrat wird überwiegend mit Einwanderern besetzt. Deutsche dürfen weder wählen noch gewählt werden. Die AfD sieht daher keinen Nutzen in der Tätigkeit des Integrationsrates in der jetzigen Form und strebt dessen Abschaffung an.
- **Ablehnung der Gesundheitskarte für Asylbewerber als freiwillige Leistung.** Gesundheitskarten für Asylbewerber bringen keine Entlastung für die Verwaltung, sondern erhöhen lediglich die Kosten für die medizinische Versorgung von Asylbewerbern. Deshalb muss grundsätzlich wieder das Behandlungs-Bewilligungsverfahren gelten. Eine weitere finanzielle Belastung der Kommunen zum Vorteil der Asylbewerber und zum Nachteil der Steuerzahler muss unterbunden werden.
- **Ablehnung zusätzlicher freiwilliger Verpflichtungen zur Aufnahme von Migranten** wie z. B. Aktion „Sicherer Hafen“.
- **Finanzielle Entlastung der kommunalen Körperschaften durch verstärkte konsequente Abschiebung von ausreisepflichtigen Ausländern.** Rückführung statt Duldung - Ausreisepflichtige Asylbewerber müssen ausreisen oder abgeschoben werden. Wir wollen keine Einwanderung durch die Hintertür der Duldung und keine nachträgliche Legalisierung von illegaler Einreise. Eine missbräuchliche Kettenduldung, an deren Ende eine Aufenthaltserlaubnis steht, lehnen wir ab. Das Aufenthaltsgesetz muss konsequent angewendet werden. Vollziehbar Ausreisepflichtige müssen zurückgeführt werden.
- **Wirksame Integrationshilfen für Spätaussiedler und deutsche Rückwanderer, die sich nach einer missglückten oder abgebrochenen Auswanderung im Rhein-Sieg Kreis niederlassen.**

Bürgernahe, effiziente Verwaltung

- **Abstimmungen der Bürger zu herausragenden politischen Entscheidungen**, Mehrheits-Entscheidungen mit angemessenen Quoren und Bürgerbefragungen z.B. auch per Internet.
- **Transparenzschaffung durch Online-Übertragung der Sitzungen des Kreistags sowie der Stadt- und Gemeinderatssitzungen**. Veröffentlichung der Anfragen sowie Anträge und den entsprechenden Antworten des Landrats und der Bürgermeister als Verantwortlicher in den WEB-Präsentationen der Kommunen.
- **Die Abhaltung einer jährlichen Versammlung in den Kommunen**, bei der Bürger ihre Wünsche und Forderungen öffentlichkeitswirksam an die Politik und Verwaltung herantragen können: der Bürgerversammlung. Somit haben die Bürger eine Gelegenheit sich Gehör zu verschaffen.
- **Förderung des Bürgerengagements bei der Planung und Gestaltung der Zukunft**.
- **Verursachungsgerechte Gebühren- und Kostengestaltung, mehr Kostentransparenz bei subventionierten Leistungen und Beseitigung bürokratischer Hürden**.
- **Vorausschauende Personalbemessung und -planung** (sowohl quantitativ als auch qualitativ).
- **Konsequente Orientierung an Beispielen besonders erfolgreicher Kreise und Gemeinden**.
- **Wirksame Missbrauchskontrolle bei staatlichen Leistungen**.

**Helpen Sie uns,
den Rhein-Sieg-Kreis als lebenswerte, sichere und bezahlbare
Wohnregion für die Zukunft zu erhalten!**